



## **Antrag**

—

Landesregierung

### **Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 Abs. 5 LHO für das Jahr 2025**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die mit der Corona-Pandemie entstandene außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Landes entzog, besteht nach wie vor fort. Die nach Ausbruch der Pandemie ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Pandemieresilienz des Landes und zur Behebung weiterbestehender Corona-Folgen sind noch nicht abgeschlossen und werden weiterhin konsequent fortgesetzt. Sie erfordern einen Mitteleinsatz, der die Finanzlage des Landes erheblich beeinträchtigt. Der Landtag stellt deswegen fest, dass die zuletzt für das Jahr 2024 festgestellte Notsituation im Sinne von § 18 Abs. 5 LHO auch im Jahr 2025 fortbesteht.
2. Die im Jahr 2025 aus Gründen dieser außergewöhnlichen Notsituation aufgenommenen Kredite sind zu tilgen, sobald die in den Jahren 2020 bis 2024 aus Gründen einer außergewöhnlichen Notsituation aufgenommenen Kredite getilgt worden sind. Die Tilgungsrate beträgt jährlich 100 Mio. Euro. Mit der Tilgung dieser Kredite ist in dem auf das Jahr der letztmaligen Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation folgenden Jahr zu beginnen.

## **Begründung**

Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie, die nahezu alle Bereiche der Gesellschaft erfasste und die staatliche Maßnahmen in erheblichem Umfang erforderte, hat der Landtag von Sachsen-Anhalt für das Jahr 2020, für die Jahre 2021 bis 2022, für das Jahr 2023 und für das Jahr 2024 jeweils eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne von § 18 Abs. 5 LHO festgestellt (LT-Drs. 7/5956 vom 02.04.2020, LT-Drs. 8/535 vom 14.12.2021, LT-Drs. 8/3507

vom 11.12.2023 sowie LT-Drs. 8/3519 vom 14.12.2023). Die damals entstandene Notsituation war in ihrem Ausmaß außergewöhnlich, ihr Eintritt hat sich der Kontrolle des Landes entzogen und sie beeinträchtigte die Finanzlage des Landes erheblich. Diese besteht weiterhin fort, da nach wie vor die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen nicht überwunden sind und vor allem die angestrebte und notwendige Pandemieresilienz noch nicht erreicht wurde.

Mit dem Gesetz über das Sondervermögen „Corona“ (Corona-Sondervermögensgesetz - Cor-SVG) vom 15. Dezember 2021 hat das Land Sachsen-Anhalt unter der Bezeichnung „Corona“ ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen mit einem Gesamtvolumen von rund zwei Mrd. Euro errichtet. Mit den Mitteln des Sondervermögens konnten Maßnahmen finanziert werden, die in den Jahren der festgestellten außergewöhnlichen Notsituation im Sinne von § 18 Abs. 5 LHO einen direkten Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen leisteten. Bereits begonnene Maßnahmen konnten über diesen Zeitraum hinaus fortgeführt werden, wenn sie aufgrund ihrer Natur eines längeren Umsetzungszeitraums bedurften, der Stärkung der Pandemieresilienz des Landes oder der Beseitigung weiterbestehender Corona-Folgen dienten. Mit einem 63 Maßnahmen umfassenden Maßnahmenkatalog hat der Gesetzgeber den Wirkungsumfang des Sondervermögens Corona geregelt und inhaltliche Ausgestaltungsgrenzen definiert.

Das pandemische Geschehen ist zwar abgeklungen, das Land hat aber die Folgewirkungen der Corona-Pandemie noch nicht überwunden. Das Land hatte sich bei der Errichtung des Sondervermögens „Corona“ bewusst dafür entschieden, nicht nur Maßnahmen zu finanzieren, die einen direkten Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen leisten. Den Schwerpunkt bilden Maßnahmen, die der Pandemieresilienz dienen. Es liegt in der Natur derartiger Maßnahmen, dass sich ihre Umsetzung über mehrere Jahre erstreckt. Die Stärkung der Pandemieresilienz sowie die Beseitigung weiterbestehender Corona-Folgen ist daher bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Der durch das Cor-SVG festgelegte Maßnahmenkatalog befindet sich weiterhin in der Umsetzung. Aktuell sind bis einschließlich August 2024 Ausgaben mit einem Umfang in Höhe von 695 Mio. Euro geleistet worden. Für das Jahr 2025 sind Ausgaben in Höhe von bis zu 852 Mio. Euro vorgesehen. Ein Großteil der für 2025 veranschlagten Mittel dient insbesondere dazu, bereits ausgesprochene Bewilligungen auszufinanzieren und Vorhaben fortzusetzen bzw. zum Abschluss zu bringen. Es ist daher zwingend erforderlich, die haushalterischen Voraussetzungen für die Ausfinanzierung des Maßnahmenkatalogs zunächst für das Jahr 2025 zu schaffen und die Krisenbewältigung weiter konsequent auf Grundlage des Maßnahmenkatalogs umzusetzen.

Fiskalisch steckt das Land noch mitten in der Krise und ihrer Bewältigung. Im Haushaltsjahr 2025 wird das Land Ausgaben finanzieren können, die der Höhe nach in etwa dem Ausgabenniveau des Jahres 2023 entsprechen. Zugleich sieht sich das Land in vielen Bereichen erheblichen zwangsläufigen Ausgabensteigerungen gegenübergestellt. Zwar ist die aktuelle Entwicklung der Einnahmesituation keine unmittelbare Folge der Corona-Pandemie, sie zeigt aber, dass das Land nach wie vor nicht über den finanziellen Spielraum verfügt, die Pandemieresilienz aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. Deshalb gilt nach wie vor, dass Ausgaben in dieser Größenordnung ohne massive Einschnitte in Leistungsgesetze und durch Ausgabenkürzungen im Investitions- und Fördergeschehen nicht realisierbar wären. Die Fortsetzung der Krisenbewältigungsmaßnahmen beeinträchtigt damit die Finanzlage des Landes erheblich. Diese Mehrbelastung ist auch insofern nicht steuerbar, als auf die Ausgaben nur um den Preis eines Verzichts auf Pandemieresilienz und -bewältigung verzichtet werden könnte.

Die Überprüfung des seit dem Jahr 2022 in der Umsetzung befindliche Maßnahmenkatalogs hat gezeigt, dass die durch die geplante Notlagenkreditaufnahme finanzierten Maßnahmen auf die Überwindung der außergewöhnlichen Notlage bezogen sind - der Veranlassungszusammenhang zwischen den Maßnahmen und der Corona-Pandemie besteht nach wie vor fort. Zur Umsetzungsbilanz wird wie folgt ausgeführt:

- a) Drei der 63 Maßnahmen werden aufgrund des nicht erfolgten Maßnahmenbeginns im Jahr 2022 nicht aus dem Sondervermögen Corona finanziert. Dies sind:
  - Maßnahme lfd. Nr. 10 „Ausbildungsvergütung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 30 „Business Resilienz: Wirtschaft digitalisieren - mit Digitalisierung widerstandsfähiger werden“ sowie
  - Maßnahme lfd. Nr. 32 „Kofinanzierung des Landes für die laufende Antragsinitiative zum European Digital Innovation Hub (EDIH) im Rahmen des EU-Programms Digitales Europa“).
- b) Darüber hinaus sind 21 Maßnahmen des Maßnahmenkatalogs bereits zahlungsseitig bzw. inhaltlich abgeschlossen oder werden bis zum Jahresende 2024 abgeschlossen. Dies sind:
  - Maßnahme lfd. Nr. 1 „Einrichtung Katastrophenschutzstab der Landesregierung“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 4 „Ausstattung der Polizei mit mobiler Informationstechnologie“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 5 „Beschaffung eines Impfmobils“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 6 „Beschaffung von Netzersatzanlagen“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 7 „Zuschüsse an Sportvereine und -verbände zur Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen des Pandemiegeschehens“,

- 
- Maßnahme lfd. Nr. 14 „Ausstattung mit Luftfiltern in Einrichtungen der freien Träger der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 15 „Maßnahmen zum Gewaltschutz und für Beratungsstellen für Frauen und deren Kinder“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 16 „Ausstattung der Hochschulen mit mobilen Luftfilteranlagen“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 33 „Verlängerung des Vorbereitungsdienstes der Forstinspektoranwärter Forst Dual (Einstellungsjahr 2019 und 2020)“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 36 „Ausstattung der Dienstgebäude mit mobilen Luftfilteranlagen und CO2-Messgeräten“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 37 „Einführung einer elektronischen Verkündung“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 39 „Ausgleich coronabedingter finanzieller Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr (Rettungsschirm 2020/2021) – Landeskofinanzierung für die Inanspruchnahme der zusätzlichen Regionalisierungsmittel des Bundes“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 43 „Digitalisierung von öffentlichen Bibliotheken“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 44 „Notfallfonds für Kultureinrichtungen und Kulturträger zum Erhalt des kulturellen Lebens und der kulturellen Bildung in der Fläche“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 46 „Pandemiebedingte Ausgleichszahlungen an Landeskultureinrichtungen“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 47 „Förderung für freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie Soloselbständige im Kulturbereich“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 50 „Baumaßnahmen in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 57 „Zuschüsse an die Universitätskliniken“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 59 „Anschaffung von Medientechniken und damit zusammenhängende bauliche Ertüchtigung von Beratungsräumen“,
  - Maßnahme lfd. Nr. 61 „Kommunalpauschale für die Kommunen aufgrund von Preissteigerung und Mehrausgaben aufgrund von Corona“ sowie
  - Maßnahme lfd. Nr. 63 „Verlängerung der Härtefallhilfen“.
- c) Es befinden sich 39 Maßnahmen des Maßnahmenkatalogs noch in der Umsetzung. An der Notwendigkeit ihrer Umsetzung hat sich nichts geändert:
- Die Stärkung des *Gesundheitswesens* muss fortgesetzt werden. Krankenhäuser müssen befähigt werden, moderne Notfallkapazitäten zu erweitern und in ihre technische Ausstattung zu investieren. Bauliche Vorhaben zur Verbesserung der hygienischen Standards innerhalb der Sozial- und Bildungsinfrastruktur sowie der öffentlichen Verwaltung sind weiterhin notwendig. Forschungsvorhaben zur Bekämpfung von Pandemien sind weiterzuführen.

Dazu im Detail (Auflistung orientiert sich an der Reihenfolge im Maßnahmenkatalog):

- Maßnahme lfd. Nr. 2 „Beschaffung von Technik zur Digitalisierung von Rettungsmitteln“: Die Maßnahme dient der angestrebten kontaktlosen und medienbruchfreien Kommunikation und Datenübertragung zwischen allen Beteiligten im Rettungsdienst. Es sollen ohne Einschränkungen der Versorgungsstandards wirksam Kontakte reduziert und etwaige Quarantänezeiten vermieden werden. Mit der Digitalisierung der Rettungswagen werden Datenströme zentralisiert, die Telemedizin erhält eine Basis und das Gesundheitswesen erfährt eine Stärkung, so dass künftige Pandemie- und Notlagesituationen besser bewältigt werden können. Aufgrund eines unvermeidbaren Stopps des Vergabeverfahrens verzögerte sich die Umsetzung der Maßnahme. Ihre Realisierung ist für 2025 geplant.
- Maßnahme lfd. Nr. 8 „Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Geschäftsbereich des MS“: Es handelt sich um eine andauernde Fortsetzungsmaßnahme. Das damit finanzierte Personal erstellt u. a. Analysen der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, erarbeitet Konzepte zur Vermeidung sozialer Isolation, wirkt an der Umsetzung von Konzepten zur Vermeidung pandemiebedingter Teilhabebeeinträchtigungen mit. Es sind hier weiterhin Tätigkeiten notwendig, um die insbesondere sozialen Folgen der Pandemie aufzuarbeiten und Lehren daraus zu ziehen.
- Maßnahme lfd. Nr. 11 „Investitionen in die soziale Infrastruktur zur Sicherstellung der Hygieneschutz-Standards“: Bauliche Projekte zur Verbesserung der hygienischen Standards (z. B. Reduzierung von Mehrpersonenbelegungen) sowie bauliche Projekte zur hygienischen Aufwertung der Infrastruktur (z. B. Beseitigung von Engpässen, Laufwegemanagement, Belüftung) wurden in diversen Einrichtungen begonnen und müssen fortgesetzt werden, um hier bei künftigen Pandemien besser aufgestellt zu sein. Der Bedarf der Zuwendungsempfänger ist weiterhin sehr hoch - über 100 Anträge sind eingegangen -, sodass die Maßnahme finanziell aufgestockt werden soll.
- Maßnahme lfd. Nr. 12 „Investitionen Krankenhäuser - Krankenhauszukunftsgesetz“: Diese Maßnahme umfasst 120 Einzelvorhaben zur Umsetzung des Krankenhauszukunftsgesetzes, die aufgrund des hohen Bearbeitungsumfangs und der zeitintensiven Umsetzung noch nicht realisiert werden konnten. Die Mittel sind jedoch per Bescheid gebunden. Mit den Zuwendungen wird das Ziel einer digitalen Infrastruktur der Krankenhäuser verfolgt, was in Pandemiezeiten unerlässlich ist.
- Maßnahme lfd. Nr. 13 „Investitionen Krankenhäuser - Medizinisch-technische Großgeräte einschließlich baulicher Anpassungen“: Diese Maßnahme umfasst fast 30 Einzelvorhaben zur Finanzierung von Investitionen in medizinischtechnische Geräte, die aufgrund des hohen Bearbeitungsumfangs und der zeitintensiven Umsetzung noch nicht realisiert werden konnten. Die Mittel sind jedoch per Bescheid gebunden. Mit den Zuwendungen wird das Ziel einer guten technischen Ausstattung der Krankenhäuser verfolgt. Die Behandlung der Corona-Patienten hat gezeigt, dass hierfür nicht nur Beatmungsgeräte, sondern auch anderes medizinisch-technisches Equipment notwendig ist.

- Maßnahme lfd. Nr. 18 „Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung für Großgeräte in den Universitätsklinik“: Ein Großteil der Ersatzbeschaffungen von labordiagnostischen Ausstattungsgeräten, Computertomographen und mobilen Röntgengeräten, die während der Pandemie intensiver genutzt wurden, ist erfolgt und bereits im Einsatz. In den Jahren 2025/2026 sollen noch fünf weitere Geräte an den Universitätsklinik ersetzt werden.
- Maßnahme lfd. Nr. 19: Die durch MWU verantworteten Forschungsvorhaben im Post-/Long-COVID-Bereich werden in 2025/2026 abgeschlossen. Die Mittel dafür wurden bereits durch die Hochschulen abgerufen. Daher erfolgt aus finanzieller Sicht im Jahr 2025 nur noch die Fortsetzung der Finanzierung der von der Landesregierung eingesetzten Regierungskommission Pandemievorsorge.
- Maßnahme lfd. Nr. 22 „Ausstattung der außeruniversitären Einrichtungen mit Luftreinigungsanlagen“: Diese Maßnahme ist größtenteils realisiert. Durch eine bauliche Verzögerung aufgrund einer notwendigen Erteilung einer Baugenehmigung ist eine Finalisierung des Vorhabens in 2025 notwendig.
- Maßnahme lfd. Nr. 23 „Durchführung SARS-CoV-2-Abwasser-Screening“: Es handelt sich um eine Fortsetzungsmaßnahme. Die landesweite regelhafte SARSCoV2-Abwasserüberwachung an 12 ausgewählten Klärwerken wird weitergeführt mit dem Ziel, mittels eines Screenings Rückschlüsse zum Trend von Infektionsdynamiken zu geben. Dies bedeutet einen proaktiven Gesundheitsschutz. Der Nachweis von SARS-CoV-2-Daten werden ans RKI gemeldet und in das Dashboard des LAU eingespeist.
- Maßnahme lfd. Nr. 29 „Pandemieresiliente Bau- und Ausstattungsmaßnahmen an Schulen“: Aufgrund der zeitintensiven Umsetzung von Bauvorhaben ist es notwendig, diese Maßnahme fortzusetzen. An der Ausgangslage zum Zeitpunkt der Errichtung des Sondervermögens Corona hat sich nichts geändert. Ziel ist es, in ausgewählten Schulen auch unter Pandemiebedingungen Präsenzunterricht anbieten zu können, indem räumliche Gegebenheiten angepasst werden.
- Maßnahme lfd. Nr. 48 „Bau des Landesamts für Verbraucherschutz“: Das LAV nimmt eine Schlüsselfunktion im öffentlichen Gesundheitsdienst für die analytische und epidemiologische Überwachung ein. Deshalb wird weiterhin daran festgehalten, einen Neubau dieses wichtigen Amtes zu finanzieren, so dass die Mitarbeitenden ihre Aufgaben unter optimalen Voraussetzungen durchführen können.
- Maßnahme lfd. Nr. 49 „Installation und Erneuerung von stationären RLT-Anlagen“: RLT-Anlagen sind durch den erhöhten Luftaustausch wirksames Mittel zur Verringerung des Infektionsgeschehens während einer Pandemie. Deshalb ist der Einbau solcher Anlagen in öffentlichen Gebäuden nach wie vor geeignet, um während einer Pandemie den Betrieb aufrecht erhalten zu können.
- Maßnahme lfd. Nr. 54 „Weitere Baumaßnahmen an Hochschulen“: Die vorgesehenen Baumaßnahmen zielen darauf ab, während einer Pandemie das Lehrgeschehen an den Hochschulen aufrecht zu erhalten. Die vorgesehenen Vorhaben sind bereits eingeleitet und werden nunmehr realisiert.

- Maßnahme lfd. Nr. 55 „Personal zur Umsetzung zusätzlicher aus dem Sondervermögen Corona finanzierter und umzusetzender Bauprojekte“: In Folge der Neubewertung der Baumaßnahmen, an deren Realisierung festgehalten wird, muss auch diese Maßnahme weiterhin finanziert werden, da sie der Bereitstellung von zusätzlichem befristetem Personal zur Umsetzung der im Maßnahmenkatalog enthaltenen Bauvorhaben dient. Der Personalbedarf wird entsprechend des jeweiligen Baufortschrittes fortlaufend angepasst.
- Maßnahme lfd. Nr. 60 „Sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen“: Hier wurden Projekte angestoßen, die die flächendeckende Gesundheitsversorgung betreffen. Es handelt sich größtenteils um Modell- und Pilotprojekte, die ihren Beitrag zur Pandemie-resilienz leisten. So sind Telemedizin und mobile Untersuchungseinheiten Beispiele dafür, innovative und pandemieunabhängige Versorgungsmodelle zu erproben.
- Der *Digitalisierungsprozess* als Voraussetzung einer kontaktlosen Kommunikation und einer Fortführung der Verwaltungstätigkeit auch unter Pandemiebedingungen muss beschleunigt werden. Dies betrifft Bildungs-, Forschungs- und soziale Einrichtungen, Kommunikations- und Serviceangebote der Kommunen und des Landes sowie die Landesverwaltung im Allgemeinen. Grundvoraussetzung dafür ist die zielgerichtete Weiterentwicklung digitaler Infrastrukturen.

Dazu im Detail (Auflistung orientiert sich an der Reihenfolge im Maßnahmenkatalog):

- Maßnahme lfd. Nr. 3 „Erweiterung um ein Laserwaffen- und Simulationssystem zur Aufrechterhaltung des Schießbetriebs“: Das zu beschaffende VR-gestützte Laserwaffen- und Simulationssystem ermöglicht ein virtuelles Schießtraining, in welchem zeitgleich mehrere Beamte gemeinsam unter weitestgehend realen Bedingungen trainieren können. So ist auch unter notwendigen Kontaktbeschränkungen während einer Pandemie ein zeitgleiches, aber räumlich getrenntes gemeinsames Schieß- und Handlungstraining möglich.  
Die Maßnahme ist weitestgehend umgesetzt, in 2025 sind nur noch wenige Restarbeiten zur Inbetriebnahme notwendig.
- Maßnahme lfd. Nr. 9 „Digitalisierung von sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen“: Es handelt sich um eine Fortsetzungsmaßnahme.  
Ausstattungsinvestitionen zur Digitalisierung von Schuldner- und Insolvenz-, Sucht- und Familienberatungsstellen sowie von Erziehungshilfeeinrichtungen wurden begonnen und müssen finalisiert werden. Auch Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und die kommunale Suchtberatung profitieren von der Maßnahme. Durch den Ausbau digitaler Beratungsangebote sowie die digitalen Ausstattungsinvestitionen in sozialen Einrichtungen wird die Pandemieresilienz des Landes gestärkt. Die insgesamt über 300 Anträge müssen abschließend bearbeitet und umgesetzt werden.

- Maßnahme lfd. Nr. 17 „Digitalisierungsmaßnahmen an den Hochschulen“: Für die Lehre unter Pandemiebedingungen ist eine funktionsfähige und ausfallsichere Digitalausstattung der Hochschulen unabdingbar. Die Möglichkeit der digitalen Lehre ist vorzuhalten. Die hierzu beitragenden Vorhaben an allen Hochschulen des Landes werden im Jahr 2025 finalisiert.
- Maßnahme lfd. Nr. 21 „Digitalisierungsmaßnahmen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen“: Die außeruniversitären Einrichtungen sind Leuchttürme für Innovationen. Diese Maßnahme dient der Verbesserung ihrer digitalen Ausstattung, um auch in Pandemiezeiten den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten.
- Maßnahme lfd. Nr. 25 „Digitalisierungsmaßnahmen in anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nach Erwachsenenbildungsgesetz Sachsen-Anhalt“: Es handelt sich um eine Fortsetzungsmaßnahme. Ausstattungsinvestitionen zur Digitalisierung von Volkshochschulen wurden begonnen und müssen finalisiert werden. Es läuft die Prüfung der eingehenden Auszahlungsanträge, Zwischennachweise und Endverwendungsnachweise.
- Maßnahme lfd. Nr. 26 „Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen“: Der mit der Corona-Pandemie angestoßene Digitalisierungsschub soll weiter in die Fläche ausgerollt werden, auch um künftig ein Lernen ohne Präsenzunterricht an allen Schulen im Land möglich zu machen. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht und wird weiterhin mit Mitteln des Sondervermögens verfolgt.
- Maßnahme lfd. Nr. 28 „Digitalassistenten für Schulen“: Der Transformationsprozess hin zu mehr Digitalisierung an Schulen ist nicht kurzfristig umsetzbar. Die bereits tätigen Digitalassistenten müssen die Lehrkräfte beim Einsatz digitaler Werkzeuge weiterhin unterstützen bzw. durch den Einsatz von weiteren Digitalassistenten unterstützt werden. Deren Einsatz ist befristet. Nur so kann im Falle einer Pandemie eine gute Unterrichtsversorgung sichergestellt werden.
- Maßnahme lfd. Nr. 38 „Digitalisierung der Verbraucherberatung“: Das Ziel des digitalen Zugangs zur Verbraucherberatung ist noch nicht realisiert. Das Projekt „Digimobil der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V.“ ist bewilligt und wird binnen der nächsten zwei Jahre umgesetzt.
- Maßnahme lfd. Nr. 40 „Digitale Infrastrukturen“: Der Realisierungszeitraum dieser Maßnahme war von vornherein überjährig angelegt. Funktionierende und leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind Grundvoraussetzung für das verfolgte Ziel der Pandemieresilienz. Profiteure davon sind vor allem die Wirtschaft und die Gesellschaft im Allgemeinen. Diverse Breitband- und Mobilfunkausbauprojekte tragen nach wie vor ihren Anteil zur Zielerreichung bei.
- Maßnahme lfd. Nr. 41 „Sicherstellung der Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationsstrukturen des Landes einschließlich Kommunen“: Die Digitalisierung von Serviceprozessen der Verwaltung für den Bürger und die Wirtschaft leistet einen Beitrag zur Unabhängigkeit im Falle eines pandemischen Geschehens, da so die staatliche Hand-



lungsfähigkeit aufrechterhalten werden kann. Dieses sicherzustellen ist unerlässlich zur Erreichung des Ziels der Pandemieresilienz. Daher sollen die angelaufenen Projekte fortgesetzt werden.

- Maßnahme lfd. Nr. 42 „Digitalisierung der Landesverwaltung“: Auch hier gilt die Argumentation der vorhergehenden Maßnahme. Die nahezu 100 vorgesehenen Projekte zielen allesamt auf die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des Staates im Falle von Pandemien ab und beschleunigen die durch die Pandemie zu Tage getretene Umsetzungsnotwendigkeit des Digitalisierungsprozesses.
- Maßnahme lfd. Nr. 45 „Digitalisierung von Museen, kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern“: Die Vorhaben zur Erstellung von Online-Videos zu Kulturgütern, zur Digitalisierung der kulturlandschaftlichen Geländetopographie, zu Digitalisierungsmaßnahmen an hochwertigem Kulturgut sowie zur Digitalisierung von kulturellen Einrichtungen werden fortgesetzt und finalisiert.

Der Bedarf bei den Museen und Kulturstiftungen ist nach wie vorgegeben, um dem Publikum auch in Pandemiezeiten Angebote der Kultureinrichtungen sichtbar zu machen.

- Maßnahme lfd. Nr. 51 „Projekt ITN-XT - Bauliche Ertüchtigung der Bestandsgebäude“: Durch den durch die Pandemie ausgelösten Digitalisierungsschub ist es wichtig, LAN-Standorte in Behörden und öffentlichen Einrichtungen zu ertüchtigen. Dafür sind bauliche Maßnahmen notwendig. An diesem Ziel wird festgehalten, sodass das Vorhaben weiter aus dem Sondervermögen Corona finanziert wird.
- Maßnahme lfd. Nr. 52 „Baumaßnahme an der MLU Halle - Kühn-Haus“: Wie für alle Baumaßnahmen gilt auch hier, dass dieses Vorhaben von vorherein überjährig angelegt war. Unverändert trägt es dazu bei, moderne digitale Lehre an der MLU Halle umzusetzen, so dass an der Realisierung festgehalten wird.
- Maßnahme lfd. Nr. 53 „Baumaßnahmen an der OvG-Universität Magdeburg“: Wie für alle Baumaßnahmen gilt auch hier, dass dieses Vorhaben von vorherein überjährig angelegt war. Unverändert trägt es dazu bei, moderne digitale Lehre an der MLU Magdeburg umzusetzen, so dass an der Realisierung festgehalten wird.

- *Die Wirtschaft* und ausgewählte *Gesellschaftsgruppen* wie Kinder und Jugendliche haben nach wie vor Aufholbedarfe. Unternehmen und die Tourismuswirtschaft erhalten weiterhin die notwendige Unterstützung. Schülerinnen und Schüler partizipieren zur Bewältigung der Lernrückstände von den bereitgestellten Geldern.

Dazu im Detail (Auflistung orientiert sich an der Reihenfolge im Maßnahmenkatalog):

- Maßnahme lfd. Nr. 20 „Ausgleichszahlungen an die außeruniversitären Forschungseinrichtungen“: Durch die Pandemie konnten Qualifikationen nicht wie geplant durchgeführt werden. Der Wissenschaftsbetrieb war beeinträchtigt. Dadurch konnte die wissen-

schaftliche Grundlage für die Arbeiten nicht oder nur verzögert geschaffen werden. Die wissenschaftlichen Qualifikationen werden weitergeführt.

- Maßnahme lfd. Nr. 24 „Arbeitsschutz und Gesundheitsprävention im Schulbereich“: Der Einfluss der Pandemie auf die Psyche ist weiterhin stark. Lockdowns, Distanzunterricht in Verbindung mit individuellen Belastungsfaktoren sind noch spürbar und teilweise noch nicht verarbeitet bei den Lehrkräften. Aus diesem Grund wird der Präventionstag Arbeits- und Gesundheitsschutz fortgesetzt, um den pandemiebedingten Folgen zu begegnen.
- Maßnahme lfd. Nr. 27 „Maßnahmen zur Bewältigung von Lernrückständen“: Die durch die Schulschließungen verursachten Lernrückstände sind immer noch nicht beseitigt. Das durch den Bund initiierte Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ wird deshalb mit Mitteln des Sondervermögens Corona fortgesetzt. Die Umsetzung war von vornherein mittelfristig angesetzt, da bereits bei der Errichtung des Sondervermögens Corona bekannt war, dass dieser Aufholprozess nicht innerhalb einer kurzen Zeit umsetzbar ist.
- Maßnahme lfd. Nr. 31 „Förderung der Tourismuswirtschaft“: Es wurden insgesamt 31 Vorhaben im Tourismusbereich angestoßen, die zur Abfederung der Folgen der Pandemie, der Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in Sachsen-Anhalt oder der Stärkung der Resilienz des Tourismus dienen. Diese Projekte werden im Jahr 2025 finalisiert.
- Maßnahme lfd. Nr. 34 „Kofinanzierung des Landes für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der GRW“: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind nach wie vor in der Unternehmenslandschaft spürbar. Hauptziel der GRW-Investitionsförderung ist es, durch die Schaffung und Sicherung von dauerhaften und hochwertigen Arbeitsplätzen die Wirtschaftsstruktur zu stärken. Pauschal erfolgt hierbei eine anteilige Finanzierung aus dem Sondervermögen Corona. Die Maßnahme ist bis 2025 vorgesehen.
- Maßnahme lfd. Nr. 35 „Personelle Verstärkung der sozioökonomischen Beratung“: Die Beratung von landwirtschaftlichen gartenbaulichen Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern ist nach wie vor notwendig. Ziel ist es, vor dem Hintergrund bestehender existenzgefährdender wirtschaftlicher Probleme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Entscheidungshilfen zur betriebswirtschaftlichen Konsolidierung direkt oder auch indirekt zu vermitteln. Im Jahr 2025 wird diese Maßnahme abgeschlossen.
- Maßnahme lfd. Nr. 56 „Landesbürgschaften“: Es ist weiterhin mit Ausfällen im Bereich der Landesbürgschaften, deren Ursache in der Corona-Pandemie liegen, zu rechnen. Die Wirkung dieser Ausfälle erfolgt erfahrungsgemäß äußerst zeitverzögert. Deshalb wird die Maßnahme nach wie vor aus dem Sondervermögen Corona finanziert.
- Maßnahme lfd. Nr. 58 „Administrierungskosten zur Umsetzung Coronabedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie“: Die IB als zentraler Dienstleister des Landes administriert viele Förderprogramme, die mit der Corona-Pandemie zusammenhängen. Um die Umsetzung der Programme zu finalisieren, ist diese Maßnahme

unerlässlich. Insbesondere die Verträge zur Durchführung von Corona-Hilfsprogrammen für die Wirtschaft sind nach wie vor zu finanzieren.

- Maßnahme lfd. Nr. 62 „Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesverwaltungsamt“: Es handelt sich um eine andauernde Fortsetzungsmaßnahme. Das damit finanzierte Personal bearbeitet Anträge nach § 56 ff IfSG (Entschädigungsansprüche für Absonderungsverfügungen) und Anträge auf Entschädigungsansprüche nach Impfschäden.

Dr. Reiner Haseloff  
Ministerpräsident